

TEURE UMWELT-ENERGIE: Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien begründet die EnBW ihre Strompreiserhöhung zum 1. Januar - eine Argumentation, die Verbraucherschützer kritisieren. Foto: dpa

Harsche Kritik an EnBW-Preispolitik

Verbraucherschützer empfehlen den Kunden einen Tarif- oder Anbieterwechsel

Von unserem Redaktionsmitglied
Dirk Neubauer

Karlsruhe. Die vom Karlsruher Energiekonzern EnBW angekündigte Strom-Preiserhöhung (die BNN berichteten) stößt bei Verbraucherschützern auf harsche Kritik. „Die Gewinne zeigen, dass kein Grund für eine Erhöhung in diesem Ausmaß besteht“, sagte Aribert Peters, Vorsitzender des Bundes der Energieverbraucher (Unkel), auf Anfrage dieser Zeitung. Die EnBW will ab Januar die Strompreise um knapp zehn Prozent erhöhen. Sie begründet dies mit steigenden Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Ein Haushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 2 900 kWh müsste nach Berechnung des drittgrößten deutschen Energiekonzerns so jährlich 70 Euro mehr bezahlen. (Siehe „Angemerkt“.) Laut EnBW wurden die Preise in der Grundversorgung („Komfort-Tarif“) zuletzt zum 1. Juli 2009 angepasst. Nun müsse man die Umlage aus dem Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG) aus den Jahren 2010 und 2011 an den Kunden weitergeben. „Ganz so einfach ist es auch nicht. Die Umlage rechtfertigt nicht, sie direkt an den Verbraucher abzuwälzen“, so Eckhard Benner von der Verbraucherzentrale

Baden-Württemberg. Es müsse belegt werden, dass auf der anderen Seite keine Kosteneinsparungen möglich seien. Verbraucherschützer Peters verweist etwa „auf günstigere Einkaufspreise“, die Energieversorger hätten und betont: „Es gibt ja auch Unternehmen, die ihre Preise senken. Das heißt, eine Erhöhung ist nicht zwangsläufig.“

Nach Angaben des Energieverbraucherportals Verivox (Heidelberg) haben derzeit bundesweit 35 Versorger Preiserhöhungen zum

dass es deutlich günstigere Angebote am Markt gibt und auch durchaus zahlreiche Ökostromtarife, die günstiger sind als die Grundversorgungstarife.“ Nach Scheurers Angaben nutzen allerdings nach wie vor über 50 Prozent der Bevölkerung die Grundversorgungstarife.

Die Wechselbereitschaft, auch zu einem anderen Versorger, sei zu gering, bedauert Peters vom Bund der Energieverbraucher. Auch Benner rät, über einen neuen Anbieter nachzudenken. Sehr günstige Versorger hätten aber mitunter in ihren Verträgen Klauseln versteckt, wonach sie etwa nach drei Monaten die Preise erhöhen dürften, rät Benner zu einem kritischen Blick in die Vertragsformulare. Tarife mit Vorauskasse sieht die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg kritisch.

Grundsätzlich verteufeln will Verivox-Sprecher Scheurer die Vorauskassen-Tarife nicht, zumal auch etliche Stadtwerke diese anbieten. „Der Kunde sollte es sich aber genau überlegen, ob er darauf eingehen will.“ Auf der einen Seite lasse sich mit Vorauskassen-Tarifen oft am meisten sparen, auf der anderen Seite bleibt das Risiko einer Insolvenz des Versorgers. Zahlreiche günstige Anbieter offerieren aber auch Preisgarantien und erheben wie die Konzerne lediglich Abschlagszahlungen.

„Gewinne zeigen, dass kein Grund für eine solche Erhöhung besteht“

1. Januar angekündigt, drei wollen die Tarife senken. Verivox-Presesprecher Jürgen Scheurer rechnet mit weiteren Erhöhungen. Nach Verivox-Berechnungen kommt bei einem Jahresverbrauch von 4 000 kWh eine Preiserhöhung von 7,5 Prozent heraus, wenn die EEG-Umlage komplett weitergegeben wird. Da es bei der EnBW eine Zeit lang Preisstabilität gegeben habe, könne man „von keiner exorbitanten Erhöhung“ sprechen, zieht Scheurer den Vergleich. Er sagt aber auch: „Tatsache ist,

Natürlich hat der rasante Ausbau der Erneuerbaren Energien seinen Preis. Ihn komplett auf den Verbraucher abzuwälzen, ist aber nicht gerechtfertigt. Ein Konzern mit den Strukturen der EnBW hat Potenziale, weitere Kosten einzusparen - auch im Kundeninteresse. Noch ist die Bereitschaft der Deutschen zu einem anderen Versorger, oder zumindest in einen günstigeren Tarif, zu wechseln, nicht

Angemerkt

mal. Das wird auf Dauer so nicht bleiben, da die Menschen preissensibler werden. Und Nachteile muss kein Kunde bei einem Wechsel zu einem seriösen Anbieter - und davon sind viele auf dem Markt - befürchten. Die Erfahrung zeigt: Bei Unternehmenskunden zögern die Energie-Riesen Preiserhöhungen weit aus mehr hinaus - weil dort die Wechselbereitschaft viel größer ist. Dirk Neubauer

Stuttgart (dpa/lsw). Die größte deutsche Landesbank LBBW will bei der Neuordnung der Landesbanken in Deutschland eine führende Rolle spielen: Als mögliche Partner für eine Fusion in ein, zwei Jahren kämen die BayernLB und die hessische Landesbank Helaba infrage, sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) in Stuttgart.

„LBBW aktiv bei der Bankenneuordnung“

Ende 2011 oder Anfang 2012 über eine Fusion verhandeln.

„Wenn sie die Bankenlandschaft in Deutschland angucken und das Ganze auch geografisch betrachten, dann gibt es wahrscheinlich zwei Partner, die für den nächsten Annäherungsversuch als erstes spezifiziert werden könnten.“ Zu einem Zusammen-

schluss mit der BayernLB sagte er, dies sei „eine von mehreren Optionen“.

Erst vor kurzem war die Fusion der beiden krisengeschüttelten Institute BayernLB mit der WestLB gescheitert. Aus seiner Sicht wäre dies auch nicht sinnvoll gewesen. Mappus geht davon aus, dass die LBBW bei einer Restrukturierung des Landesbankensektors eine „eher aktive Rolle“ spielen wird. Jedoch müsse das Geldinstitut erst die Integration der SachsenLB und der Landesbank Rheinland-Pfalz abschließen und die Finanzkrise vollständig überwinden.

Städtebaukongress würdigt Lohfeldsiedlung

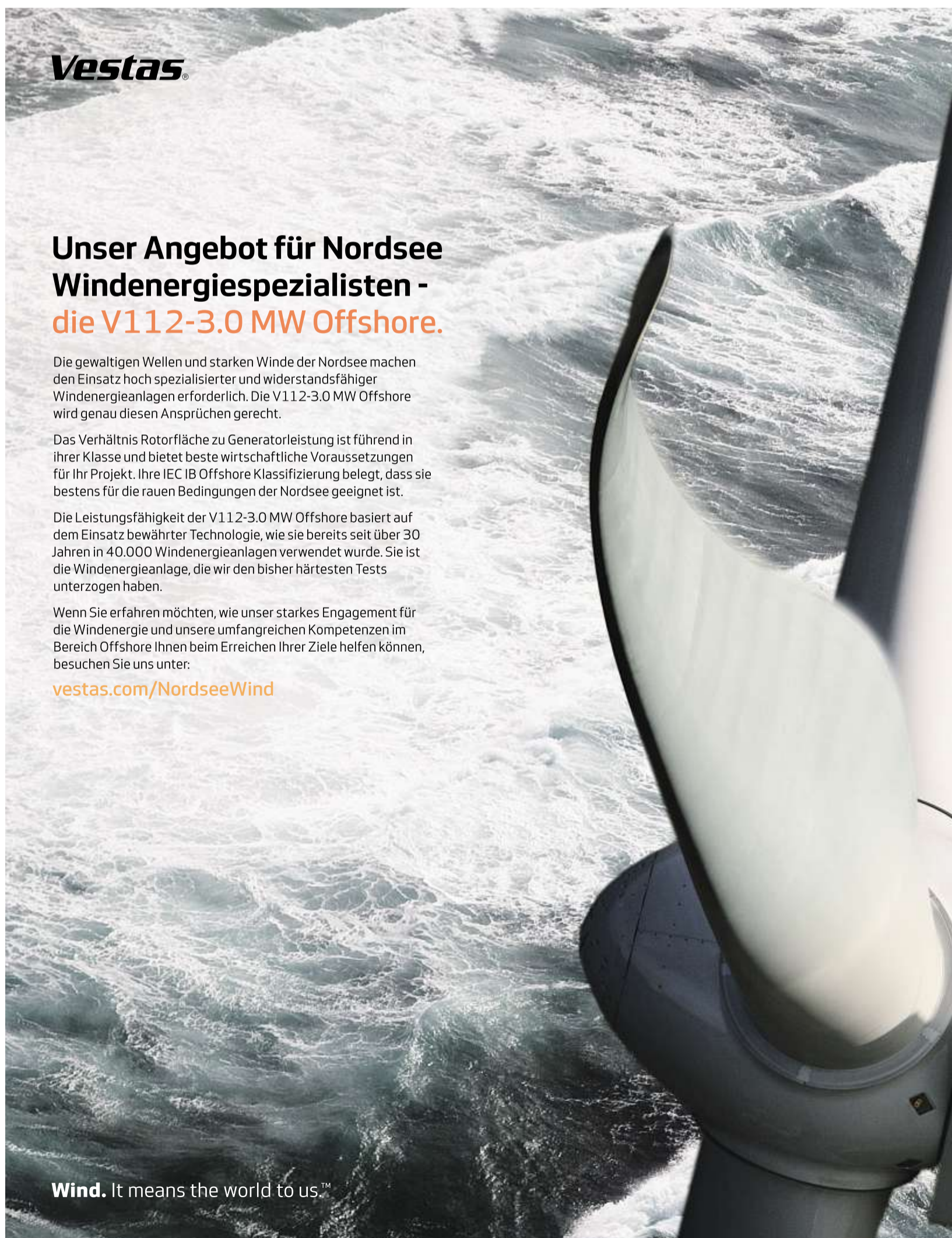
Karlsruhe (mjo). Die Anstrengungen des „Vereins zum Erhalt der Lohfeldsiedlung Karlsruhe“ in Zusammenarbeit mit der Stadt Karlsruhe sind gestern beim Städtebaukongress in Karlsruhe mit einer Anerkennung in Höhe von 2 500 Euro gewürdigt worden. Die Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bausparkassen (Arge) präsentierte ihre gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Ländlicher Raum, Ernährung und Verbraucherschutz ausgelobte Initiative 2009/2010 „Bauen und Wohnen im Bestand - Vielfältig, Lebendig, Lebensfähig“.

Insgesamt 190 Beiträge aus 115 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg waren eingegangen. Es wurden zehn Preise und fünf Anerkennungen vergeben. Das Ergebnis der Initiative wird in einer Wanderausstellung und einer Broschüre dokumentiert. „Das Motto spiegelt die aktuellen Herausforderungen im Wohnungsbau“, erklärte Staatsminister Helmut Rau. Denn immer mehr Menschen ziehe es zurück in die Städte. Die im Jahre 1920 erbaute Lohfeldsiedlung in Karlsruhe wurde dank des Engagements ihrer Bewohner an die heutigen Wohn- und Lebensbedürfnisse angepasst, ohne ihren architektonischen und städtebaulichen Charakter zu verlieren.

Bahn entlässt Fernverkehrs-Chef

Berlin (dpa). Die Deutsche Bahn (DB) AG trennt sich von dem Vorstandschef des Bereichs Personenfernverkehr, Nikolaus Breuel. Auch zwei der drei weiteren Vorstandsmitglieder der DB Fernverkehr AG müssen gehen. Das verlautet gestern Abend aus Aufsichtsratskreisen. Als Grund wurde Unzufriedenheit mit der Arbeit des Vorstands angegeben. Für Freitag sei zu einer außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats der DB Fernverkehr eingeladen worden, ließ es weiter. Auf der Tagesordnung stünden diese Personalien. Als einziges Vorstandsmitglied bleibe Wolfgang Heinrichs im Amt.

Die Fernverkehr AG ist eine Tochter der DB Mobility and Logistics AG, in der für den gesamten Personenverkehr Vorstandmitglied Ulrich Homburg zuständig ist. Er ist auch Aufsichtsratsvorsitzender der DB Fernverkehr AG. Homburg war vor der Neubesetzung des Konzernvorstandes unter Rüdiger Grube Chef von DB Fernverkehr, der Nah- und Regionalverkehr der Bahn. Schon vor einigen Wochen war in Aufsichtsratskreisen inoffiziell davon die Rede, dass Homburg mit Breuel unzufrieden sei. Ihm wurde unter anderem mangelhaftes Handling der Pannenserie bei den ICE-Zügen angelastet.



Vestas

Unser Angebot für Nordsee Windenergiespezialisten - die V112-3.0 MW Offshore.

Die gewaltigen Wellen und starken Winde der Nordsee machen den Einsatz hoch spezialisierter und widerstandsfähiger Windenergieanlagen erforderlich. Die V112-3.0 MW Offshore wird genau diesen Ansprüchen gerecht.

Das Verhältnis Rotorfläche zu Generatorleistung ist führend in ihrer Klasse und bietet beste wirtschaftliche Voraussetzungen für Ihr Projekt. Ihre IEC IB Offshore Klassifizierung belegt, dass sie bestens für die rauen Bedingungen der Nordsee geeignet ist.

Die Leistungsfähigkeit der V112-3.0 MW Offshore basiert auf dem Einsatz bewährter Technologie, wie sie bereits seit über 30 Jahren in 40.000 Windenergieanlagen verwendet wurde. Sie ist die Windenergieanlage, die wir den bisher härtesten Tests unterzogen haben.

Wenn Sie erfahren möchten, wie unser starkes Engagement für die Windenergie und unsere umfangreichen Kompetenzen im Bereich Offshore Ihnen beim Erreichen Ihrer Ziele helfen können, besuchen Sie uns unter:

vestas.com/NordseeWind

Wind. It means the world to us.™

„Ein teurer Abgang“

Haupteigner der Landesbanken wollen die Trennung

Hamburg. Die Tage von Dirk Jens Nonnenmacher auf dem Chefessel der skandalumwitterten HSH Nordbank sind gezählt. Nach dem Vertrauensentzug der Mehrheits-eigner, der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, geht es jetzt um das „Wie“ seines Abgangs. Aufsichtsratschef Hilmar Kopper, der sich bis zuletzt vor seinen Schützling gestellt hatte, will Nonnenmachers Ablösung in Angriff nehmen. Wann dieser seinen letzten Arbeitstag in der Firmenzentrale in Hamburg haben wird, ist noch offen. Gleiches gilt für die Höhe einer möglichen Abfindung.

Der Aufsichtsrat wird sich erst am 2. Dezember in seiner ordentlichen Sitzung mit der „Causa Nonnenmacher“ befassen. Dem Vorsitzenden des Kontrollgremiums sei ein „geordnetes Verfahren“ wichtig, „um jeglichen Schaden von der Bank abzuwenden“, sagte ein HSH-Sprecher. Und dazu dürfte auch die Frage gehören, ob Nonnenmacher mit einem „goldenen Handschlag“ verabschiedet wird. Schließlich hat der 47-Jährige noch einen laufenden Arbeitsvertrag bis Oktober 2012. In der dünnen Mitteilung der Kabinette wurde Kopper „gebeten, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um eine Trennung von



Dirk Jens Nonnenmacher. Foto: dpa

Professor Nonnenmacher zu erreichen und den Vorstandsvorsitz (...) neu zu besetzen.“ Das hört sich nach friedlicher Scheidung an.

Ogbleich es Schlagzeilen über die Landesbank in der zweijährigen Amtszeit Nonnenmachers zuhauf gab, konnte ihm bis dato keine Pflichtverletzung nachgewiesen werden - wenn man den vom Aufsichtsrat beauftragten Anwaltskanzleien folgt. Sie entkräfteten Vorwürfe, der Vorstandschef sei maßgeblich in riskante „Omega“-Kreditersatzgeschäfte verwickelt gewesen. Offen ist dagegen, was Ermittlungen der Staatsanwälte in Hamburg, Kiel und New York hervorbringen werden, die sich gegen Nonnenmacher richten.

Aus den Untersuchungsausschüssen in Hamburg und Schleswig-Holstein sind bisher noch keine hieb- und stichfesten Beweise gegen den Vorstandschef auf den Tisch gekommen. Dem Gremium lägen keine Dokumente und Aussagen vor, die eine fristlose Kündigung rechtfertigten, hatte SPD-Obmann Jürgen Weber in Kiel eingeräumt. Wie auch immer der Abgang von „Dr. No“ aussehen mag: In den Medien gilt eine mehrere Millionen Euro schwere Abfindung bereits als ausgemacht. Almut Kipp